

Ermittlungen zu Steuerhinterziehungen

Steuerehrlichkeit muss selbstverständlich sein

Die laufenden Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung offenbaren einen Mangel einzelner Manager und Wohlhabender an Verantwortungsgefühl. Verfehlungen von Einzelvertretern der vermeintlichen Eliten werden mit besonderer Aufmerksamkeit registriert. Steuerstraftaten von Managern besitzen zudem das Potenzial, die soziale Marktwirtschaft und unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung in Misskredit zu bringen. Steuerehrlichkeit muss für jedermann selbstverständlich sein.

Die Verantwortlichen müssen wissen: Illegale Bereicherung von Managern stärkt die ideologischen Linksausleger in Politik und Gesellschaft. Die von der Linken jetzt losgetretene Hatz auf Manager und Millionäre ist zurückzuweisen. Die Linke muss daran erinnert werden, dass sie im Zusammenhang mit den SED-Parteimillionen bis heute in erheblichem Maß Aufklärung schuldig geblieben ist. Liechtenstein hat gerade für die SED-Nachfolger eine Relevanz.

Für Hysterie beim Thema Steuerhinterziehung besteht allerdings kein Anlass. Die bekannt gewordenen Ermittlungen dürfen nicht instrumentalisiert und damit missbraucht werden. Mäßigung ist vor allem im Tonfall angezeigt. Nicht zuletzt historisch belastete Begriffe wie „Abschaum“ sollten sich für verantwortliche Politiker verbieten. Wenn ausgerechnet der inzwischen zurückgetretene Postchef Zumwinkel aus der SPD so apostrophiert wird, ist dies erstaunlich. Bis vor kurzem war Zumwinkel noch der Lieblingsmanager der SPD, hatte er doch den Mindestlohn für Briefzusteller ermöglicht. Freilich um den Preis umfangreicher Arbeitsplatzverluste bei Postkonkurrenten, wie wir heute wissen.

Die große Mehrzahl der Manager und Wohlhabenden in unserem Land kommt ihren steuerlichen Verpflichtungen genauso ehrlich nach wie die große Mehrzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer. Gerade Manager müssen um ihre besondere Verantwortung wissen. Und sie müssen wissen, dass sich die moralischen Anforderungen an das wirtschaftliche Führungspersonal geändert haben. Bei Spitzensportlern und Spitzenverdienern aus dem Bereich des Show-Business wird gewöhnlich ein Auge zugedrückt. Bei Managern und Unternehmern sind die moralischen Anforderungen jedoch gestiegen. Obwohl auch sie ein Abbild unserer Gesellschaft sind - mit all ihren Stärken und Schwächen. Von unseren Wirtschaftsführern muss allerdings erwartet werden, dass sie sich im besonderen Maße an Recht und Gesetz halten.

Die erneut eröffnete Steuerehrlichkeitsdebatte bietet auch Chancen. So sollte sie Anlass bieten, über bestimmte Wirkungen unseres Steuerrechts neu nachzudenken. Allzu viele Regelungen laden geradezu zur Steuergestaltung ein. Und manche müssen sich fragen lassen, ob sie im letzten Bundestagswahlkampf fair mit Prof. Kirchhoff umgegangen sind, der Steuerschlupflöcher ein für allemal schließen wollte. Ein einfaches und überschaubares Steuerrecht muss auf der Tagesordnung bleiben.

Ein Wort noch zur Rolle des BND: Seine Aktivitäten müssen auf einer einwandfreien Grundlage stehen. Es wäre fatal, wenn in gerichtlichen Verfahren Indizien verwendet würden, die widerrechtlich beschafft worden wären.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die spektakulären Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung drohen die Glaubwürdigkeit unserer wirtschaftlichen Führungskräfte zu gefährden. Zugleich befördern sie bei vielen Menschen eine schleichenden Entfremdung von unserem freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Verfehlungen einiger Spitzenverdiener und ihre Bereitschaft, sich mit krimineller Energie Vorteile zuzulasten der Allgemeinheit zu verschaffen, müssen unter konsequenter Anwendung des vorhandenen Rechts geahndet werden.



Vor Pauschalurteilen und einer Diffamierungskampagne gegenüber Managern und Wohlhabenden muss jedoch gewarnt werden. Wenn der ehemalige SPD-Generalsekretär Benneter den inzwischen zurückgetretenen Postchef Zumwinkel und andere der Steuerhinterziehung Verdächtige als „Abschaum“ bezeichnet, ist dies von der Wortwahl inakzeptabel. Ob er wohl auch Spitzensportler oder Vertreter aus dem Show-Business, die sich ihrer Steuerpflicht in Deutschland entledigen, mit dieser Vokabel aus dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte belegen würde?

Hunderttausende von selbständigen Unternehmern, Vorstandsmitgliedern und weiterem Führungspersonal zeigen sich verantwortungsbewusst und zahlen ihre Steuern und Abgaben genauso entsprechend den gesetzlichen Vorschriften wie die übergroße Mehrzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Jürgen Thumann, ist uneingeschränkt Recht zu geben: Die führenden Großunternehmen unseres Landes sind gut beraten, das Problem der unternehmerischen Ethik ernst zu nehmen. Steuerehrlichkeit gehört sicher dazu.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Müller MdB

Unabhängigkeit des Kosovo

Kosovo muss staatliche Strukturen aufbauen

Die Unabhängigkeit des Kosovo unter internationaler Aufsicht ist nach den erfolglosen Bemühungen um eine einvernehmliche Lösung der vernünftigste Weg. Dennoch ist es verfrüht, bereits jetzt von einem Erfolg zu sprechen. Eine nachhaltige Stabilisierung des Balkans ist erst dann erreicht, wenn der Kosovo unter Beweis gestellt hat, dass es zum Aufbau stabiler staatlicher Strukturen in der Lage ist. Dazu zählen vorrangig der Aufbau funktionierender Justiz- und Verwaltungsstrukturen unter Beachtung von Minderheitsrechten sowie die Ausübung polizeilicher Hoheitsgewalt auf dem gesamten Staatsgebiet.

Der Kosovo steht vor gewaltigen Herausforderungen. Ein als Staat anerkannter Kosovo wird weiter unter der Obhut der internationalen Staatengemeinschaft bleiben müssen. Kosovo ist nicht lebensfähig - weder wirtschaftlich noch politisch. Auf Europa kommt eine große Herausforderung und Belastung zu. Die europäische Rechtsstaatsmission wird an den grundlegenden Problemen - Unterentwicklung und Massenarbeitslosigkeit - zunächst nicht viel ändern können. Immerhin wird die EU und ihre Partner - in erster Linie die USA - dafür sorgen können, dass ein Mindestmaß an Ruhe und Ordnung herrscht.

Mittelfristig muss es das erklärte Ziel der Europäer sein, rechtsstaatliche Strukturen in dem neuen Staatswesen zu verankern. Angesichts



der herrschenden Korruption und organisierten Kriminalität im Kosovo ist dies eine dringliche und ambitionierte Aufgabe. Zentrale Aufgabe der europäischen Mission muss die Umsetzung von Minderheitenrechten sein. Erst wenn die Serben frei von Furcht im Kosovo leben können und die serbischen Enklaven im südlichen Teil des Kosovo nicht rund um die Uhr von ausländischen Truppen geschützt werden müssen, kann Normalität einkehren.

Die Europäische Union hat gemeinsam mit anderen Staaten dem Kosovo umfassende Unterstützungsleistungen zugesagt, insbesondere die Entsendung einer Polizei- und Rechtsstaatsmission sowie den Verwaltungsaufbau. Es muss jedoch klar sein, dass es dabei nicht um die dauerhafte Errichtung eines neuen Protektorats geht, sondern die vollständige Ausübung der Staatsgewalt schrittweise auf kosovarische Institutionen übergehen muss.

Serbien ist dazu aufgerufen, seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Stabilität auf dem Balkan zu leisten und die Perspektive einer Annäherung an die EU nicht aus dem Blick zu verlieren. Die bislang besonnenen Reaktionen aus Serbien auf die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo lassen darauf hoffen, dass nach den jetzt unvermeidlichen diplomatischen Spannungen eine tragfähige Kooperation zwischen Serbien und der EU etabliert werden kann.

Diese Woche

Ermittlungen zu Steuerhinterziehungen

Steuerehrlichkeit muss selbstverständlich sein S. 1

Unabhängigkeit des Kosovo

Kosovo muss staatliche Strukturen aufbauen S. 2

Tourismus

Wachstumsbranche Tourismus stärken S. 2

Medizinische Versorgung in Bayern

Sorgen der Ärzteschaft ernst nehmen S. 3

Mindestlohndebatte / „Aufstocker“

Zahl der „Aufstocker“ kein Argument für Mindestlohn S. 3

DKP / Linke

Wo Linke draufsteht, sind Kommunisten drin S. 4

Erneuerbare Energien

Deutsche Vorreiterrolle beim Klimaschutz ausbauen S. 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Tourismus

Wachstumsbranche Tourismus stärken

Der Tourismus gilt heute als einer der bedeutendsten globalen Wachstumsmotoren. In Deutschland konnte die Zahl der Übernachtungen aus dem In- und Ausland von 352 Millionen im Jahre 2006 auf 360 Millionen im Jahre 2007 gesteigert werden. Der in dieser Woche debattierte Tourismuspolitische Bericht der Bundesregierung gibt Einblicke in die Ziele und Instrumente der nationalen Tourismuspolitik.

Aus dem Ausland waren 2006 circa 51 Millionen Übernachtungen zu verzeichnen, 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Einnahmen aus dem Auslandsreiseverkehr stiegen im gleichen Zeitraum ebenfalls um 10 Prozent auf 26 Mrd. Euro. Der Tourismus in Deutschland ist und bleibt mit 2,8 Millionen Arbeitsplätzen im vor- und nachgelagerten Bereich und mehr als 110 000 Ausbildungsplätzen ein wichtiges Feld für Wachstum und Beschäftigung.

Die über 250 000 Betriebe der Hotellerie und Gastronomie bilden das Rückgrat für den Tourismus hierzulande. Wichtiger Tourismusantreiber ist die Entwicklung im Luftverkehr mit jährlich weltweit 2 Mrd. Passagieren. Auf die sog. Billigflieger entfallen inzwischen mehr als ein Drittel aller Flugreisen von Europäern ins Ausland. Davon profitiert vor allem der Städtetourismus. Ihm ist mit 82 Mrd. Euro der größte Teil aller Umsätze im deutschen Tourismus zuzurechnen.

Medizinische Versorgung in Bayern

Sorgen der Ärzteschaft ernst nehmen

Die Protestaktionen der bayerischen Hausärzte und die in der gesamten niedergelassenen Ärzteschaft sowie zunehmend auch unter den Patienten verbreiteten Sorgen um die Zukunft der patientennahen medizinischen Versorgung in Bayern sind ernst zu nehmen.

Wesentliche Gründe für die Verunsicherung sind

- ◆ die mangelnde Klarheit über die künftige Honorierung ärztlicher Leistungen,
- ◆ die derzeit noch unabsehbaren konkreten Verteilungswirkungen des Gesundheitsfonds unter den Bedingungen eines bundesweit einheitlichen Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung sowie
- ◆ mangelnde Klarheit über zusätzliche Belastungen aus dem noch zu erarbeitenden neuen Risikostrukturausgleich zum Ausgleich der unterschiedlichen Versichertenstrukturen zwischen den Krankenkassen.

In allen Punkten ist schnellstmöglich Klarheit zu schaffen. Dabei muss ge-

währleistet sein, dass die bayerischen Versicherten und niedergelassenen Ärzte nicht am Ende als Verlierer dastehen.



Dies ist das Ergebnis eines intensiven Meinungsaustauschs zwischen der CSU-Landesgruppe und der Bayerischen Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Christa Stewens, vom Freitag dieser Woche. Oberste Priorität muss die Aufrechterhaltung einer qualitativ hochwertigen ärztlichen und insbe-

sondere hausärztlichen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger haben. Die CSU-Landesgruppe unterstützt deshalb die Bayerische Staatsregierung in ihrer Forderung an die Krankenkassen, mit der Hausärzteschaft unverzüglich Vertragsverhandlungen aufzunehmen. Zugleich fordert sie die Bundesgesundheitsministerin auf, so rasch wie möglich die noch unerledigten Arbeiten zur Schaffung der Voraussetzungen für einen geordneten Start des Gesundheitsfonds zum 01.01.2009 zu schaffen. Dazu gehört eine nachvollziehbare und praktikable Umsetzung der Konvergenzklausel zum Schutz vor unangemessenen Mittelabflüssen aus Bayern sowie rasche Klarheit über die konkreten Belastungswirkungen des neuen Risikostrukturausgleichs. Die Selbstverwaltung im Gesundheitswesen ist aufgefordert, für angemessene Ärztehonorare zu sorgen.

Mindestlohndebate / „Aufstocker“

Zahl der „Aufstocker“ kein Argument für Mindestlohn

In der Diskussion um Mindestlöhne und die Arbeitsmarktwirkungen von Hartz IV wird immer wieder behauptet, dass über 1 Millionen Menschen in Deutschland trotz Vollzeitarbeit von ihrem Erwerbseinkommen nicht leben können und auf staatliche Unterstützung in Form von aufstockendem Arbeitslosengeld II angewiesen seien. Diese Behauptung ist empirisch nicht zu belegen. Aufstocker, also Erwerbstätige, die ergänzend Arbeitslosengeld II erhalten, sind vielmehr zu zwei Dritteln Minijobber bzw. Teilzeitbeschäftigte und es werden vor allem Familien unterstützt.

Laut Bundesanstalt für Arbeit erhielten im Januar 2007 rd. 1,25 Mio. Erwerbstätige zusätzliche Leistungen aus dem Arbeitslosengeld II (ALG II). In der Mehrheit (653.000 Personen) handelt es sich um Personen, die nur geringfügig beschäftigt sind und deren monatlicher Verdienst unterhalb der Geringfügigkeitsgrenze von 400 € liegt. Ein Drittel verdient weniger als 200 €.

Die verbleibenden 599.000 Empfänger von ALG II liegen mit ihrem Einkommen im sozialversicherungspflichtigen Bereich. 219.000 davon arbeiten im Mini-Job-Bereich zwischen 401 € und 800 €. Damit verbleiben 380.000 echte Aufstocker

mit einem Einkommen oberhalb von 800 €, die zu einem großen Teil einer Vollzeittätigkeit nachgehen dürften. Damit ist also lediglich jeder Dritte Aufstocker in Vollzeit tätig.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass es - wegen der Addition von mehreren Bedarfen zuzüglich höherer Unterkunftskosten - auch bei Löhnen oberhalb der diskutierten Mindestlohn-Untergrenze zur Aufstockung kommt, wenn die Bedarfsgemeinschaft mehrere Mitglieder hat. Dies gilt insbesondere für Paare mit Kindern oder Alleinerziehende mit mehreren Kindern. Von rd. 380.000 Bedarfsgemeinschaften mit einem Bruttoverdienst oberhalb von 800 €

sind rd. 167.000 Paare mit Kindern. Ein verheirateter Alleinverdiener mit zwei Kindern über 14 Jahren müsste bei einer 40-Stunden-Woche mindestens 13 € pro Stunde verdienen, um den Anspruch auf ALG II zu verlieren.

Anhaltspunkt dafür, wer seinen Bedarf durch Vollzeitarbeit nicht decken kann, können Single-Haushalte sein. Bei einem Einkommen oberhalb von 800 € sind dies nur 47.000. Lediglich 2,5 % der alleinstehenden ALG II-Bezieher sind Aufstocker mit einem Bruttoeinkommen oberhalb von 800 €. Bezogen auf die 22 Millionen Vollzeitbeschäftigten hierzulande sind das noch nicht einmal 0,3 %.

DKP / Linke

Wo Linke draufsteht, sind Kommunisten drin

Die Abwesenheit von Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, der Bundestagsvizepräsidentin Pau und weiterer Führungsfiguren der Linken bei der „Aktuellen Stunde“ des Deutschen Bundestages zur Aufnahme von Mitgliedern der Deutschen Kommunistischen Partei auf „Linke“-Wahllisten sprach Bände: Der Rauswurf von Frau Wegner aus der niedersächsischen Landtagsfraktion der Linken ist eine reine Alibiveranstaltung.

Zu dieser Schlussfolgerung kommt man auch mit Blick darauf, wie viele Kommunisten bei der Hamburg-Wahl für die Linke auf der Landesliste, auf den Wahlkreislisten, aber auch auf den Bezirkslisten kandidieren. Die Panorama-Redaktion hat es in der letzten Woche auf den Punkt gebracht: Wo Linke draufsteht, sind Kommunisten drin. Das müssen sich vor allem die westdeutschen Wähler immer wieder vor Augen führen.

Anscheinend ist in der Öffentlichkeit bislang das Interview mit Herrn Harms noch nicht angemessen beachtet worden. Im Panorama-Beitrag wird über eine vor kurzem stattgefundene Kundgebung der Linken in Brandenburg berichtet, auf der viele DKP-Fahren zu sehen waren und der vorvorletzte Verteidigungsminister der DDR, Herr Keßler, eine markige

Rede halten konnte. Der Redakteur dieses Beitrags zitiert anschließend aus dem DKP-Programm, in dem Solidarität mit der ehemaligen SED-Führung gefordert wird. Frage des Moderators an Herrn Harms: Die SED-Führung war verantwortlich für Stasi-Gefängnisse und Mauertote. Warum erklärt sich die DKP solidarisch? - Antwort Herr Harms: „Weil das ein Verantwortungsbereich war, der ein kleiner Bereich war, so ungut er auch möglicherweise gewesen ist. Gleichzeitig waren sie auch dafür verantwortlich, dass in der DDR keiner hungern musste.“

Der Rauswurf von Christel Wegner durch die Linke ist so lange unglaublich, solange es die Linke zulässt, dass so jemand am kommenden Sonntag auf einer Liste der Linken für die Bürgerschaft in Hamburg

kandidieren kann. Der eigentliche Skandal ist das jämmerliche Dementi von Herrn Gysi in dieser Panorama-Sendung. Herr Gysi hat angesprochen auf den Fall Wegner und den Kandidaten Harms geäußert: „Ich war dagegen - in Klammern hinzugefügt: dass Kommunisten auf unserer Liste kandidieren -; wenn jemand, der die Meinung von Frau Wegner teilt, mit der Linken ein Mandat erringt, wird dieser eben in der Fraktion überstimmt. So ist Demokratie.“

Hier zeigt sich, dass Kommunisten mit der Tarnkappe der Linken der Weg in deutsche Parlamente geebnet wird. Die Linke hat aber nicht einmal den Mut, eine solche Debatte zu nutzen, um hier jemanden reden zu lassen, der wie Herr Ramelow zu Recht sagt: „Dehm soll in dieser Frage endlich einmal die Klappe halten.“

Erneuerbare Energien

Deutsche Vorreiterrolle beim Klimaschutz ausbauen

Es ist vor allem der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu verdanken, dass man sich im letzten Jahr in Europa verbindlich auf „20/20/20“ geeinigt hat: auf eine 20-prozentige Energieeinsparung, eine 20-prozentige Reduktion der Treibhausgasemissionen und einen 20-prozentigen Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020.

Deutschland ist der Schrittmacher in diesem Prozess. Mit dem am Donnerstag in erster Lesung im Deutschen Bundestag debattierten ersten Teil des integrierten Klima- und Energiepaketes folgen den Worten des letzten Jahres weitere, entscheidende Taten.

Deutschland ist nicht nur Vorreiter beim Klimaschutz, sondern auch Schrittmacher beim Energiesparen. Die Energieeffizienz ist ein Feld, das leider immer etwas zu kurz kommt, obwohl es sich hierbei eigentlich um den Königsweg der Energiepolitik handelt. Das von Michael Glos geführte Bundeswirtschaftsministerium hat hierzu ein umfangreiches Paket vorgelegt. Im Herbst letzten Jahres konnten entscheidende Fortschritte bei der Energieeffizienz erzielt werden, ge-

paart mit Fortschritten bei neuen Energietechnologien. Diesem Fortschritt - der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch - ist



es zu verdanken, dass unser Land von den weltwirtschaftlichen Krisen und von den Ausschlägen der Preise für Rohstoffe und Energie bisher relativ verschont wurde. Deshalb muss dieser Weg konsequent weitergegangen werden.

Das integrierte Klima- und Energiepaket will erreichen, dass 2020 zwischen 25 und 30 Prozent des

Stromes und mindestens 14 Prozent der Wärme aus erneuerbaren Energien erzeugt wird. Das ist ein deutlicher Beitrag zum Klimaschutz und zur Versorgungssicherheit. Durch eine Biokraftstoffquote von 20 Prozent oder mehr wird zudem die Unabhängigkeit von Energieimporten weiter vorangetrieben.

Die höheren Quoten für Biokraftstoffe werden dabei erst dann in Kraft treten, wenn die in der Öffentlichkeit diskutierten Folgen für die Autofahrer geklärt sind. Zunächst müssen die Hersteller Zahlen vorlegen, wie viele Autos den höheren Anteil von Biosprit nicht vertragen und deshalb auf den teureren Super-Kraftstoff umsteigen müssten. Trifft die Zahl von 1,5 Millionen Fahrzeugen zu, muss nach Auswegen gesucht werden.